

## Nicht einschüchtern lassen

Mitte September hatte die Berliner Morgenpost berichtet, dass „Spitzenvertreter“ der Linken in „intensiven Gesprächen“ versucht haben sollen, Einfluss auf die Vorsitzende des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU), **Karen Kern**, zu nehmen. Kern äußerte sich mehrfach kritisch zum Mietendeckel. „Sie solle sich mit öffentlicher Kritik an dem Mietendeckel zurückhalten, ansonsten könne es passieren, dass sich die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften aus dem Verband zurückziehen.“, wurde laut Morgenpost gedroht.



Auf einer Pressekonferenz Anfang Juli, warnte **Maren Kern** vor den Folgen des Mietendeckels. „Der BBU hat seine Berliner Mitgliedsunternehmen gefragt: Welche Folgen befürchten sie von einem Mietendeckel auf Grundlage der vor-

liegenden Eckpunkte für ihre Wirtschafts- und Investitionskraft? Die Ergebnisse spiegeln die deutliche Sorge der teilnehmenden Unternehmen – insbesondere Genossenschaften – dass sie ohne die Möglichkeit zu moderaten Mietanpassungen wirtschaftlich nicht mehr in der Lage sein werden, den Notwendigkeiten und Bedürfnissen ihrer Mitglieder- bzw. Mieterschaft, aber auch der wachsenden Stadt insgesamt gerecht zu werden. So gehen über 90 Prozent von ihnen von einer deutlichen Reduktion der energetischen Modernisierungen aus, fast 90 Prozent sehen die Gefahr einer starken Einschränkung der Investitionen in die Wohnumfeldgestaltung. 71 Prozent erwarten eine drastische oder deutliche Verringerung des sozialen Engagements der Unternehmen, über 60 Prozent erhebliche Einschränkungen beim Neubau. Die Umfrage zeigt, wo bei den Eckpunkten nochmal nachgedacht werden muss. Sie treffen in dieser Form vor allem die soziale Wohnungswirtschaft und behindern sie in ihrem Engagement für Berlin. Das kann von der Politik so nicht gewollt sein, ebenso wenig, dass von einem pauschalen Einfrieren der Mieten besonders auch einkommensstarke Haushalte profitieren würden.“ Foto: BBU

Anlässlich der aktuellen Entwicklung in der Diskussion um einem „Berliner Mietendeckel“ hat Maren Kern jetzt nachgelegt und zeigt sich unbeeindruckt von den Drohungen von Links:

„Wir haben weiterhin unsere fundierten Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit eines Mietendeckels auf Landesebene. Ganz sicher sind wir aber, dass eine Absenkung von Mieten als nachträglicher Eingriff in bestehende Verträge klar verfassungswidrig wäre. Darüber hinaus sehen wir auch weiteren erheblichen Diskussionsbedarf bei Themen wie Wiedervermietungsmieten, Definition von Obergrenzen oder dem Umgang mit Modernisierungen. Aus unserer Sicht ist vollkommen klar: Ein Mietendeckel als Rechtsexperiment wäre ein Bärendienst an Berlins Mieterinnen und Mietern. **Insofern sind die Signale aus Senatskanzlei und Senatsverwaltung für Wirtschaft ermutigend, die Diskussionen fortsetzen zu wollen.**“

„Der BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V. vertritt öffentliche, genossenschaftliche, private und kirchliche Wohnungsunternehmen in Berlin und Brandenburg. Der Verband ist heute der älteste und einer der beiden größten wohnungswirtschaftlichen Regionalverbände Deutschlands und war einer der ersten Wirtschaftsverbände, der nach der Wende die Einheit auch im Inneren vollzog. Die Mitgliedsunternehmen bewirtschaften etwa 1,1 Millionen Wohnungen (ca. 50 Prozent aller Mietwohnungen in Brandenburg und ca. 40 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin). Die Mitgliedsunternehmen des BBU sind wichtige Arbeit- und Auftraggeber in der Metropolregion Berlin/Brandenburg sowie Akteure des Stadtumbaus.“ Wikipedia